



Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.76 RM. Einzelnummern 10 Pf.
Anzeigerpreise: Die einseitige Petition oder deren Raum im Bestat Grundpreis 15 Pf., auswärts 20 Pf. ...

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 96, Telefon 179. - Wohnung: Bismarckstraße 65.

„Der unsaubere Frieden“

Kein Attribut, das etwa ein Deutscher für den Versailler Frieden, dessen 10jähriges Jubiläum traurigen und traurigsten Angedenkens wir am 28. Juni begehen, geprägt hätte. Schon der Engländer H. H. Asquith hatte vor 10 Jahren über dieses Nachwort des Hasses ausgerufen: „Das ist nicht der saubere Frieden, den wir alle, ohne Unterschied der Parteien, erbaten und ersehnten.“

Woher sind es schon vier Jahre, daß sein aufsehenerregendes Buch erschien, aber es war ein Werk, das bis zu jenem Jahre wirklich eine Standardleistung in der ganzen Literatur über Kriegsschuld und Versailles war, und das heute noch sich neben den glänzenden Veröffentlichungen der Amerikaner Fay und Barnes sehen lassen kann.

Und nun dieser Ebray, dessen Werk allerdings nicht in seinem Vaterland, sondern erstmals in Mailand erscheinen konnte, charakterisiert das Vorgehen der französischen Regierungen von 1919 bis 1923 als „eine Politik ohne Gesetz und Kraft, in Willkür und grenzenloser Gewalttätigkeit bestehend“. Und ist das inzwischen in den folgenden fünf Jahren etwa anders geworden? Mit knapper Not haben wir die Franzosen aus der ersten Zone hinausgebracht. Man hat uns in Genf, in Locarno und in Thoiry die Hand zur „Verständigung“ dargeboten. Wo aber blieb ihre Verwirklichung? Noch spielen in deutschen Landen 70 000 Mann die Rolle brutaler Unterdrücker. Frankreich ist nicht gekommen, auch nur einen Tag an der diktierten Befehlsherrschaft nachzulassen. Noch ist das Saarland, das nach Rückkehr schreit, von seinem Mutterland getrennt. Es ist alles im Westen und Süden, im Norden und Osten genau so geblieben wie damals, als in Versailles mit vorgehaltener Pistole der sog. Friedensvertrag uns zur Unterzeichnung vorgelegt worden war. Und schon der leiseste Hinweis auf die Unnatürlichkeit und den Widerstimm aller dieser Auflagen, auf die Unentrichtlichkeit des polnischen Korridors, auf die Zustände in Danzig, auf die Notwendigkeit des „Anschlusses“ wird sofort als Renitenz und als Kriegsgefahr gebrandmarkt. Ja, man ist in diesen 10 Jahren noch über Versailles hinausgeschritten: der Völkerbund hat uns den besten Teil Oberschlesiens abgeprochen; die Franzosen hatten zeitweise Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf besetzt, und Poincaré ließ im Januar 1923 in das Ruhrgebiet marschieren, um unsere Währung, die letzte Kraft der deutschen Wirtschaft, vollends zu vernichten.

Und wie sieht es mit dem Tribut? Ganz im Widerspruch zu Wilsons feierlichen Versprechungen (man lese Woodrow Wilsons neueste Würdigung durch Harry Elmer Barnes im Juni-Heft der „Südd. Monatshefte“) hat man uns wahnsinnige Bürgen auferlegt. Sie dauern nun in die zehn Jahre hinein. Und jetzt? Dr. Schacht hat zwar gemeint, durch den Young-Plan sei „der Krieg finanziell liquidiert“ worden. Vielleicht formell. Aber so wenig das Versailler Diktat den Krieg „beendet“ hat, so wenig vermag dies ein Zahlungsplan, der auf zwei volle Menschenalter Jahr für Jahr uns zwei Milliarden abfordert, und dies zu den 50 Milliarden hinzu, die wir neben vielen ungeheuren andern Verlusten an Land und Leuten, im Reichsbudget und Kolonien, an Kriegsmaterial und Friedensgütern, an Ehren und Rechten auf dem Altar der Entente opfern mußten. Solange aber fremde Truppen auf deutschem Boden stehen, solange deutsches Land noch vom Mutterland getrennt ist, solange Deutsche fronen müssen, um ihren Kriegskredit durch ihrer Hände saurer Arbeit zusammenzutragen, solange das Brandmal der Kriegsschuldfrage noch der Stirne Deutschlands aufgedrückt ist — so lange ist der Krieg nicht liquidiert. Es gibt auch einen Krieg ohne Gewehr, und wir beginnen jetzt das zweite Jahrzehnt eines solchen waffenlosen Krieges.

Ein unsauberer Frieden! Schon der Rechtsgrund, der in Artikel 231 unsere „Wiedergutmachungen“ tragen soll, ist erlogen. Ganze Berge von Urkunden, Memoiren, Niederschriften über Tatsachen und Ansprüche sind in diesen zehn Jahren dieserseits und jenseits des Ozeans gesammelt worden, lauter Beweise gegen die verkehrte Behauptung von der Allein Schuld Deutschlands am Kriege. Schon Italiens Ministerpräsident Ritti stand im Januar 1920 frei und offen: „Diesen Krieg haben wir gewollt und nicht erduldet“. Was Ritti für Italien berichtete, das gilt erst recht von den anderen großen Mächten: „sie wollten den Krieg im Hinblick auf eine bestimmte Beute und nicht aus Interesse für Serbien noch um der Verteidigung eines höheren Ideals willen“ (Ebray).

Und dann erst, als wir auf Treu und Glauben um die 14 Punkte Wilsons und den Vorfrieden vom 5. Dez. 1918 die Waffen streckten und Deutschland sich mit gebundenen Händen und Füßen auslieferte, da arbeiteten die „Sieger“ nur mit Wortbruch und Verrat, mit Heuchelei und Zynis-

Tagespiegel

Die gesamte französische Presse ist sich in der Antwort auf die Stresemannrede darin einig, daß das Rheinland nicht „bedingungslos“ geräumt werden könne.

Der neue sächsische Ministerpräsident. Der bisherige Volksbildungsminister Dr. Büniger (DVP.) wurde am Dienstag vom sächsischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt.

Nach einer Meldung aus Koblenz beabsichtigen die Befehlshaber Kundgebungen zum 28. Juni zu verbieten. Sie haben in verschiedenen Städten, in denen die Erlaubnis solcher Kundgebungen nachgefragt wurde, durchblicken lassen, daß sie gegen öffentliche Kundgebungen gegen die Unterzeichnung und gegen die Kriegsschuldfrage einschreiten wollen.

Der französische Ministerrat beschloß auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Poincaré, des Justizministers Barthou und des Ministers für öffentlichen Unterricht, einen Dringlichkeitsantrag in der Kammer einzubringen, der die volle Amnestie für die in Elsass und Lothringen wegen politischer Delikte Verurteilten vorsieht. Durch die beabsichtigte Amnestie für Elsass-Lothringer werden die im Kolmarer Prozeß verurteilten Autonomisten Dr. Rüdlin, Koffe, Faschauer und Schall begnadigt und die Unterzeichner des Heimatbund-Manifestes rehabilitiert, soweit sie ihrer Beamtenstellungen vertustig gegangen waren.

mus, bald unter der falschen Flagge der „werengere“, die Vergeltung fordere, bald unter der Farce des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“, das Deutschlands Zerklüftung gebiete. Nicht die Deutschen haben „das größte Verbrechen der Weltgeschichte“ begangen, wie es in der schamlosen Mantelnote vom 16. Juni 1919 heißt, nein, das Versailler Diktat ist in Wirklichkeit das aus Lug und Haß gezeugte „größte Verbrechen der Weltgeschichte“. In Wahrheit hatten die siegreichen Nationen den besiegten Nationen Verprechungen gemacht, die Verträgen gleichkamen. Anstatt sie gewissenhaft zu beobachten, haben sie sie schimpflich verlegt. So haben sie gegen die Grundsätze von Ehre und Achtung gefehlt.

Stresemanns ausländische Korrektur

Stresemanns Erklärungen im Spiegel der Pariser Presse

Paris, 25. Juni. In Besprechung der gestrigen Erklärungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann im Reichstag findet die Morgenpresse sich mit der Notwendigkeit der Räumung des Rheinlandes als einer Tatsache ab, sie erhebt jedoch Einwendungen in der Frage der Kontrollmaßnahmen. So bezeichnet der „Petit Parisien“ den Ton der Rede Stresemanns, namentlich was die Frage der Rheinlandräumung betrifft, als sehr gemäßig. Stresemann ist jedoch, so fährt das Blatt fort, in der Zurückweisung jedes Gedankens einer ständigen Ueberwachung außerordentlich kategorisch gewesen. Gegenüber dieser Erklärung wird von alliierter Seite sicher auf den dritten Punkt der Genfer Resolution vom 16. September 1928, die im Einvernehmen mit Reichstagsler Müller angenommen wurde, hingewiesen werden.

Das „Deuvre“ erklärt: Die Feststellungs- und Ausgleichskommission für die entmilitarisierte Zone hat vielleicht an sich keinen großen Wert. Vielleicht könnte man in den Vergleichskommissionen, wie sie die Abkommen von Locarno vorsehen, und in den Investigationskommissionen des Völkerbundes, denen Deutschland unterworfen bleibt, eine Ergänzung finden. Aber das ist eine Anregung, die noch erörtert werden muß, wo die Frage der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes in Frankreich noch Leidenschaften erregt. Das Organ des Vorstehenden der radikalen Partei, Dala-dier, „La République“, bemerkt, die sofortige Räumung des Rheinlandes von allen Besatzungstruppen wird im allgemeinen von England gewünscht. Auch die vorzeitige Liquidierung der Saarfrage, die die Engländer nicht in gleicher Weise interessiert wie uns, wird von diesen, und zwar zu den im Versailler Vertrag vorgesehenen Bedingungen angetragen werden. Bleibt also die Frage der Sicherung in der entmilitarisierten Zone durch eine vom Völkerbund zu ernennende Vergleichskommission. Es wäre möglich, daß die französische Ansicht in diesen beiden Punkten von der Deutschlands, was ja begreiflich ist, und auch von der der englischen Regierung abweicht. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt: Selbst wenn man annimmt, daß Dr. Stresemann den Fragenkomplex, den er zum Gegenstand seiner Ausführungen macht, einseitig und summarisch behandelt hat,

bleibt unbestritten, daß die endgültige und vollständige Regelung der Reparationen und die Räumung des Rheinlandes zwei nunmehr von einander untrennbare Dinge sind.

Im „Echo de Paris“ heißt es: Deutschland bleibt dabei, daß es alle Zwangsmahnahmen aus dem Versailler Vertrag zu beseitigen wünscht. Ob man will oder nicht,

das französische Ministerium wird früher oder später gezwungen sein, gegen die Tendenz von Locarno anzugehen und Frankreich „um der Beruhigung der Welt willen“ einen Teil der Verantwortung am Kriege aufzuheben.

Der Augenblick ist gekommen, den Leuten von London und Berlin zu beweisen, daß Europa nicht ihren Bestrebungen ausgeliefert sein wird. „Avenir“ schreibt: Die Frage der Kontrolle der entmilitarisierten Zone ist auf der Sechsmächtekonferenz von Genf mehrfach angeschnitten worden, ohne jedoch gelöst zu werden. Wie Frankreich sie auch ansehen mag, Deutschland bleibt dabei, daß kein Kompromiß hierüber möglich ist. Der Augenblick kommt, in dem eine Lösung getroffen werden muß.

Der Streit um das Konkordat

Der Verfassungsausschuß der Generalsynode

Berlin, 25. Juni. Der hier zusammengetretenen außerordentlichen Generalsynode wurde vom Verfassungsausschuß nach mehrtägigen Beratungen eine einmütig gefasste Entscheidung vorgelegt, in der es u. a. heißt:

Die Generalsynode der evangelischen Kirche der altpreußischen Union spricht ihr Bedauern darüber aus, daß im Staate Preußen mit einer zu zwei Drittel evangelischen Bevölkerung einer der beiden großen christlichen Kirchen durch förmlichen Vertrag eine gelicherte Rechtsstellung und weitgehende Möglichkeiten zum Ausbau ihrer Organisation gegeben werden sollen, während der evangelischen Kirche eine entsprechende Sicherung verweigert bleibt. Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen sind staatslicherseits zwar begonnen, aber ohne Begründung abgebrochen worden. Die vor kurzem an die Staatsregierung gerichtete erste Vorstellung der sämtlichen evangelischen Kirchen Preußens, die die Wiederaufnahme der Verhandlungen forderten, ist befremdlicherweise ohne Antwort geblieben. Gegen dieses Vorgehen, das die Generalsynode als eine Verletzung der Parität empfindet, erhebt sie vor dem ganzen preußischen Volk nachdrücklich Einspruch. Die Generalsynode stellt fest, daß die öffentlich ausgesprochene Behauptung, nach der den evangelischen Kirchen durch die Gesetzgebung von 1924 im voraus in der Hauptsache das Geben worden sei, was die katholische Kirche jetzt erhalten will, unzutreffend ist. Jene Gesetzgebung, bei der es sich gerade nicht um vertragliche, sondern um einseitige staatliche Festsetzungen handelt, hatte lediglich den Zweck, die Einführung der neuen Kirchenverfassungen, die durch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse notwendig geworden waren, zu ermöglichen. Dabei ist den evangelischen Kirchen die volle, der Reichsverfassung entsprechende Freiheit insofern verweigert worden, als ihnen Bindungen auferlegt wurden, von denen die katholische Kirche freigeblieben ist und dauernd freibleiben soll. Diese Bindungen haben sich in der praktischen Handhabung in einer Weise ausgewirkt, die die evangelischen Kirchen — bei dankbarer Anerkennung mancher finanziellen Förderung durch den Staat — als Hemmung ihrer innerkirchlichen Arbeit empfinden müssen.

In dieser Lage spricht die Generalsynode die Erwartung aus, daß die gesetzgebenden Körperschaften des preußischen Staates, insofern sie die schwere Verantwortung für die Zustimmung zu dem Vertrag mit der katholischen Kirche auf sich nehmen wollen, ihn nicht genehmigen werden, ohne gleichzeitig einen die evangelischen Kirchen befriedigenden Vertrag abzuschließen. Die Zusage eines später abzuschließenden Vertrages kann den evangelischen Kirchen nicht genügen, da der Ausgang künftiger Verhandlungen völlig ungewiß ist. Nur die gleichzeitige Verabschiedung beider Verträge würde den elementaren Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechen.

Die Generalsynode hat sich über die Richtlinien für den Inhalt eines solchen Vertrags mit der Kirchenleitung verständigt. Sie beauftragt den Kirchenrat, bei der Staatsregierung die Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen unverzüglich zu beantragen, und ermächtigt ihn, auf Grund der Richtlinien einen Vertrag abzuschließen.

Die evangelische Kirche ist jederzeit bereit, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Sie wird es auch in Zukunft daran nicht fehlen lassen. Sie fordert aber, daß der Staat auch ihr gebe, was Parität und Gerechtigkeit erheischen, damit sie nach ihr geschichtlich gestellten großen Aufgaben freie Bahn für ihre Arbeit an der Seele des Volkes gewinne.

Deutscher Reichstag

Der Etat des Auswärtigen Amtes angenommen

Nach dem Abgeordneten Breitscheid erklärte im weiteren Verlauf der Sitzung der Abgeordnete Ullrich (Zentrum), je länger man den Youngplan lese, desto schwerer werde die Entscheidung. Seine Partei folge der vom Reichsfinanzminister gewünschten Zurückhaltung, um die Handlung-





Wildbad im 1. Vierteljahr d. J. 12% Beiträge aufbringen müssen, um die entstandenen Ausgaben zu decken. Ob das Finanzministerium bzw. der Landtag seine Zustimmung der Fortsetzung zu der Gründung einer solchen Betriebskrankenkasse gibt, ist mehr als zweifelhaft, da vor allem bedeutende Zuschüsse und Mittel vom Staat zur Verfügung gestellt werden müssten. Bekanntlich unterliegen auch die Betriebskrankenkassen den gesetzlichen Bestimmungen, die zu erfüllen sind.

Eine Betriebskrankenkasse birgt übrigens noch die Gefahr in sich, daß kränkliche und ältere Arbeiter vom Betrieb abzuschieben versucht werden, um gerade die Kasse nicht zu belasten.

In beiden Versammlungen entspann sich eine rege Debatte. Das Ergebnis zeigte sich in nachfolgender Resolution, die gegen 4 Stimmen angenommen wurde:

„Die Versammlung in Wildbad am 23. 6. hat nach eingehender Darlegung der Verhältnisse und gegebenen Bedingungen der Krankenkassen im allgemeinen und der Ortskrankenkasse Neuenbürg im besonderen sich überzeugt, daß die Lage dieser Kassen wesentlich von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig sind, wie sie sich durch Krieg und Nachkrieg gestaltet haben. Sie ist ferner überzeugt, daß Mängel nur gehoben werden können, wenn Kasse und Versicherte verständlich und vertrauensvoll zusammenarbeiten, daß insbesondere eine weitere Zersplitterung der an sich schwer zu kämpfenden Kassen keine Besserung der Lage der Waldarbeiter, sondern sicher nur eine Verschlechterung besonders der Kranken herbeiführen müßten. Sie lehnen deshalb alle Bestrebungen auf Gründung einer Sonderkasse ab!“

### Sitzung des Gemeinderats am 25. Juni 1929.

Anwesend: Vorsitzender und 14 Mitglieder.

Beiträge für Real- und Gewerbe- und Frauenarbeitschule. Vorbehaltlich der Zustimmung der Amtsversammlung wurde vom Bezirksrat am 13. Juni 1929 beschlossen, der Gemeinde Wildbad und Neuenbürg Beiträge zu den Kosten ihrer Realschule mit Wirkung vom Rechnungsjahr 1929 an in Höhe von je 25 Mk. für die Schüler zu bewilligen, deren Eltern nicht im Bezirk der Schulunterhaltungspflichtigen Gemeinde jedoch im Oberamtsbezirk wohnen. Ebenso werden Beiträge zu den Kosten ihrer Frauenarbeitschule in Höhe von je 10 Mk. für die Schülerin bewilligt. Für die Schüler der Gewerbeschule, die nicht in einem gewerblichen oder kaufmännischen Betrieb des Gemeinde- oder Schulverbandsbezirks, jedoch im Oberamtsbezirk beschäftigt sind und an deren Betriebsort sich keine Gewerbeschule befindet, wird ein Kostenzuschuß in Höhe von je 10 Mk. pro Schüler bewilligt.

Wahl der Abgeordneten der Amtsversammlung. Nachdem die Wahlperiode der bisherigen Abgeordneten der Amtsversammlung am 31. Dezember abgelaufen ist, wurde heute eine Neuwahl vorgenommen. Nach der Feststellung des Oberamts findet von der hiesigen Gemeinde 6 Abgeordnete und außerdem ein oder mehrere Stellvertreter zu wählen. Die Reihenfolge in welcher die

Abgeordneten u. Stellvertreter mit Stimmrecht an der Amtsversammlung teilnehmen, richtet sich nach der Stimmenzahl. Gewählt wurden mittelst geheimer Abstimmung für die Rechnungsjahre 1929, 1930 und 1931: Stadtschultheiß Baehner, Gemeinderat Kappelmann, Gemeinderat Brachhold, Gemeinderat Kiefer, Gemeinderat Frischke, Gemeinderat Rueh.

Wasserleitung in der oberen Umlandstraße. Die von den Anliegern auf eigene Kosten s. St. hergestellte Wasserleitung in der oberen Umlandstraße vom neuen Friedhof bis zum Walde und von da bis zum Hause des Adolf Blumenthal, Fisch- und Geflügelhandlung, hier, ist infolge der starken Kälte des vergangenen Winters an verschiedenen Stellen defekt geworden. Letzterer stellt an die Stadtgemeinde die Bitte, die Wasserleitung auf die Stadtgemeinde zu übernehmen. Da grundsätzlich nur eine Wasserleitung übernommen wird, die sich in gutem Zustand befindet, kann dem Gesuch des Blumenthal nicht ohne Weiteres entsprochen werden. Es wird ihm anheimgestellt, sich mit den übrigen Anliegern über gemeinsame Reparatur der Wasserleitung zu einigen.

Notstandsarbeit der Stadtgemeinde. Der Erlaß des Landesamts für Südwestdeutschland in Stuttgart, wonach die Förderung der Notstandsarbeit der Wasserleitung aus dem Rottwassertal zur Versorgung der hiesigen Stadt mit Trinkwasser aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge „wegen mangelnder Zuverlässigkeit“ d. h. weil zur Zeit keine Erwerbslosen vorhanden sind, abgelehnt wird, wird zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht.

Änderung des Ortsbaustatuts zu Gunsten des Kraftfahrverkehrs. Die Oberpostdirektion in Stuttgart stellt wiederholt das Ansuchen an den Gemeinderat, durch Ortsbaustatut zu bestimmen, daß die Schilder Markisen und dgl. an der Wilhelmstraße und König-Karlstraße nur in einer Entfernung vom Gehwegrand von mindestens 50 cm und nur in einer Höhe von 3,50 m über dem Gehweg angebracht werden dürfen, um sie vor Beschädigungen durch die Postkraftomnibusse zu bewahren. Diese Bestimmung würde die Entfernung beinahe sämtlicher Schilder und Markisen in den beiden Straßen erfordern und an vielen Häusern mit niederem Untergeschoß die Anbringung solcher Vorrichtungen ganz unmöglich machen. Die Vorchrift würde also einen erheblichen Eingriff in die Benützung der Geschäftshäuser der beiden Straßen bedeuten, die bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage der Mehrzahl der Gebäudebesitzer eine große Härte wäre. Der Gemeinderat kann sich deshalb zu der beantragten Änderung des § 13 des Ortsbaustatuts vorerst nicht entschließen, stellt aber in Aussicht, daß bei der bevorstehenden Erlassung eines neuen Ortsbaustatuts auf die durch den gesteigerten Kraftwagenverkehr geschaffenen neuen Verhältnisse möglichst Rücksicht genommen wird, und daß bei Um- und Neubauten jetzt schon entsprechende Bestimmungen in die Bauvorschriften aufgenommen werden.

Wasserleitung in Nonnenmühl. Wihl. Günther Witwe in Nonnenmühl bittet um Herstellung einer Wasserleitung für ihr hochgelegenes Haus am Ortsweg

nach Spollenhaus. Das Stadtbauamt berechnet die Kosten der Herstellung einer Zuleitung vom Reservoir beim Eschenloch auf 875 Mark, bei der Zuleitung durch eine Pumpanlage von der Quelle unterhalb des Hauses auf ca. 900 Mark. Der Gemeinderat beschließt die Ausführung einer der beiden Leitungen mit einem Aufwand von ca. 900 Mark nach Wahl der Grundstücksbesitzerin unter der Bedingung, daß sie die Kosten der Grabarbeiten selbst trägt.

Verbesserung der Olgastr. Die Eingabe der Anlieger der Olgastr. wird zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht. Der Gemeinderat hält eine Sperrung der Olgastraße für den Kraftwagenverkehr nicht für durchführbar. Das Stadtbauamt wird beauftragt, durch öfteres Besprengen der Straße und durch leichte Teerung eine Verbesserung ihres Zustandes zu erzielen.

Gasleitung auf den Sommerberg. Auf das Ausschreiben zur Vergebung einer Gasleitung auf den Sommerberg ist ein Angebot von R. Gütler und Gas- u. Wasserleitungsgesellschaft Stuttgart abgegeben worden. Sie verlangen für Lieferung und Verlegung einer Stahlrohrleitung von 70 mm 3857,50 RM. Der Gemeinderat erteilt hiezu den Zuschlag.

Stromzuführungsleitung vom Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station. Der mit der Papierfabrik abgeschlossene Vertrag über Errichtung von neun Stützpunkten in Gestalt von Bodmasten oder Einfachmasten, wird vom Gemeinderat unterzeichnet.

Frauenarbeitschule. Der Hilfslehrerin Melitta Liebau, hier wurde lt. Mitteilung der Ministerialabteilung für die Fachschulen in Stuttgart die Stelle einer Hauptlehrerin an der hiesigen Frauenarbeitschule übertragen.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

Rückreise des Reichspräsidenten nach Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat gestern abend um 9.30 Uhr nach Verabschiedung von Landrat Kleine (Koblenz) und Bürgermeister Dr. Hen die Rückreise nach Berlin angetreten.

General Heye in Königsberg. Der Chef der Heeresleitung, General Heye, ist heute vormittag aus Berlin kommend, in Königsberg zu einem mehrtägigen dienstlichen Aufenthalt in Ostpreußen eingetroffen.

Die „Bremen“ an den Columbus-Pier zurückgekehrt. Die „Bremen“ lichtete heute morgen 8.20 Uhr am Hohenweg, wo sie seit gestern abend gelegen hatte, die Anker und traf um 9.30 Uhr auf Bremerhavenrede ein, wo sie am Columbuspier festmachte.

### Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezähntem Borstenkamm zur Beseitigung saurer, schleimiger Speisereste in den Zahngewölkern und zum Weichmachen der Zähne. Die gel. gef. Chlorodont-Zahnbürste von bester Qualität, für Erwachsene 1,25 Mk., für Kinder 70 Pf., ist in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

## Bekanntmachung.

betreffend die hinteren Leuchtzeichen der Kraft- und Fahrräder.

Nach der Bekanntmachung des Innenministeriums über die hinteren Leuchtzeichen der zweirädrigen Kraft- und Kleinkraftfahrzeuge, sowie der Fahrräder vom 12. Juni 1929 — Staatsanzeiger Nr. 137 von 1929 — muß jedes Rad (Kraftrad, Kleinkraftrad, Fahrrad) ab 1. Juli 1929 bei Dunkelheit oder bei starkem Nebel mit einem hinteren Leuchtzeichen — Schlußlicht oder Rückstrahler — von gelbroter Farbe versehen sein. Ein Rückstrahler muß ein Prüfzeichen einer amtlich anerkannten Prüfstelle, sowie den Namen und Wohnort des Herstellers enthalten. Der Führer ist dafür verantwortlich, daß sich das hintere Leuchtzeichen in vorschriftsmäßigem Zustand befindet.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, für rechtzeitige Durchführung der neuen Vorschriften Sorge zu tragen. Neuenbürg, den 17. Juni 1929.

Bekannt gegeben.

Wildbad, den 25. Juni 1929.

Oberamt: Lempp. Stadtschultheißenamt.

### Wildbad.

Bei der am 25. ds. Mts. vorgenommenen Wahl der

## Abgeordneten zur Amtsversammlung

für die Kalenderjahre 1929, 1930 und 1931 wurden gewählt:

als Abgeordnete:

- |                            |                 |
|----------------------------|-----------------|
| 1. Stadtschultheiß Baehner | mit 14 Stimmen, |
| 2. Gemeinderat Kappelmann  | mit 14 "        |
| 3. " Brachhold             | mit 13 "        |
| 4. " Kiefer                | mit 13 "        |
| 5. " Rueh                  | mit 8 "         |
| 6. " Frischke              | mit 8 "         |

als Stellvertreter:

- |                        |          |
|------------------------|----------|
| 1. Gemeinderat Stephan | mit 12 " |
| 2. " Großmann          | mit 11 " |
| 3. " Pfau              | mit 11 " |

Die übrigen Stimmen zersplitterten sich auf die übrigen Gemeinderatsmitglieder. Abgestimmt haben 15 Gemeinderatsmitglieder. — Einsprachen gegen die Wahl können von jedem Gemeinderatsmitglied, sowie von jedem, auf welchen eine Stimme abgegeben wurde, innerhalb einer Woche bei dem Ortsvorsteher oder dem Oberamt erhoben werden.

Den 25. Juni 1929.

Stadtschultheißenamt: Baehner.

Die Zeitungsanzeige ist die beste und billigste Reklame; sie ist als Werbemittel unübertreffbar.

Wegen Erkrankung  
erfahrenes, ordentliches

## Mädchen

somit oder 1. Juli gesucht.  
G. Zinser, Juwelier.

## „Nissin“

tötet

## Kopfläuse

somit Brut

Apothek Wildbad.

Vor und nach dem Spiel

stets ein bewährtes Mineralwasser



Teinacher  
Hirschquelle-Sprudel  
Weberkingen-Sprudel

erhält Gesundheit schafft neues Leben

Vertretung: Carl Tubach, Mineralwasser, Tel. 62.

## Weiterer Abschlag

Neue Italiener  
Kartoffeln  
3 Pfd. 35 Pfg.

Eingetroffen:  
mehrere Waggons  
Schlangensurten  
3 Stück 1.00

Kopf-Salat

Schöne Tomaten  
Pfd. 50 Pfg.

Pfannkuch

## Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei  
GESCHW. FLUM  
Buch- und Papierhandlung.

## Landes-Kurtheater

Direktion: Steng-Krauß.  
Fernsprecher 135.

Anfang jeweils abend 8 Uhr  
Mittwoch, 26. Juni

## Friederike

Singspiel in 3 Akten von  
Franz Léhar.

Donnerstag, 27. Juni

## Die fünf Frankfurter

Lustspiel in 3 Akten von  
Carl Rölller.

## Turnverein Wildbad

Heute abend 8 Uhr  
Turnerinnen.

## Bergbahn-Reklame

Plätze für Reklame-  
Schilder auf unserem  
Grundstück neben der  
Bergbahn  
zu vermieten.  
Chr. Schmid & Sohn

## Privatlogis gesucht

für nächstes Jahr von Mitte  
Juli bis Mitte August von  
zur Zeit hier anwesenden Kur-  
gast zwei schöne Doppelzimmer  
mit Frühstück. Wenn möglich  
mit fl. Wasser, aber nicht Be-  
dingung, jedoch Garten-  
benützung.  
Gefl. Zuschriften erbeten unter  
F. N. 147 an die Tagblatt-  
Geschäftsstelle.

Komplette  
Grammophon-  
Verstärkeranlage  
mit Lautsprecher  
billig zu verkaufen.  
Wer, sagt die Tagblatt-  
Geschäftsstelle.



## Liederkranz Wildbad

Heute abend 8 Uhr  
Singstunde

im Lokal.

Vollzähliges und pünktliches  
Erscheinen ist dringend  
notwendig.

Der Vorstand.

## Mittagstisch

im Abonnement  
zu Mk. 1.20  
im Saal oder Garten serviert  
Hotel Bergfrieden

